

neue Gefahr lenken, die dem deutschen Volke aus dem Osten droht. Was man auch bei Polen den guten Willen voraussetzen, eine Verschärfung der Spannungen nach Westeuropa zu verhindern: Es wird hierzu, wie zu manchem anderen, einfach unfähig sein.

## Die vorläufige Gestaltung der wichtigsten Steuergesetze.

Von Reichsminister a. D. Dr. Schöler, M. d. R.

Der 11. Ausschuss des Reichstags hat in fleißiger Arbeit die ihm überwiesenen sieben Gesetzentwürfe im Laufe eines Monats durchberaten und zwei Tage vor Weihnachten in erster Lesung fertiggestellt. Die fast durchweg sachlichen Beratungen standen unter der ausgezeichneten Leitung von Erzengel, Dr. Beder, eines der ersten Finanzfachverständigen des Reichstages. Seiner Führung ist es zu verdanken, daß die Verhandlungen so lebhaft gefördert wurden und so reibungslos verliefen, seiner Tätigkeit in erster Linie aber auch, daß die von der Deutschen Volkspartei vertretenen Gesichtspunkte zu ihrem Rechte kamen.

Der Ausschuss hatte sich zu beschäftigen mit den sogenannten Besitz-Steuern — den Entwürfen einer Vermögenssteuer, einer Vermögenszuwachssteuer, einer Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit —, ferner mit der Abänderung des Körperschaftsteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes, mit dem Versicherungssteuergesetz und dem Kapitalverkehrssteuergesetz, endlich — als wichtiges Intermezzo — mit der Abänderung des Einkommensteuergesetzes, die inzwischen bereits die Zustimmung des Reichstages gefunden hat.

In der allgemeinen Besprechung wurde von der Deutschen Volkspartei eine Reihe wichtiger Anträge gestellt und angenommen, die insbesondere die Anpassung der Tarife des Einkommen- und Erbschaftsteuergesetzes an die fortschreitende Geldentwertung, die Frage des Verhältnisses der Finanz- und Steuergesetzgebung des Reiches zu der der Länder und Gemeinden und das Problem der einheitlichen Bewertung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes zu Steuer- und gegebenenfalls zu Beleihungszwecken unter Benutzung bestehender Einrichtungen, in erster Linie der preussischen Katasterämter, zum Gegenstand hatten.

Bei der Beratung des Vermögenssteuergesetzes drehte sich der Streit, abgesehen von den Steuerhöhen, die sowohl für die Steuer selbst, als für die in den ersten fünfzehn Jahren zu erhebenden Zuschläge gegenüber der Regierungsvorlage wesentlich herabgesetzt wurden, besonders um die Grundzüge der Bewertung des Vermögens. Hier wurde, unter wesentlicher Abänderung der Regierungsvorlage, im allgemeinen an den bisherigen Vorschriften der Reichsabgabenordnung festgehalten. Im einzelnen sicherte die Annahme volksparteilicher Anträge eine stärkere Berücksichtigung der Rinderzahl bei der Steuerbemessung (§ 23) und die ohne Antrag, also von Amtswegen, zu bewirkende Erstattung überzahlter Beträge des Reichsnotopfers (§ 41).

Im Vermögenszuwachssteuergesetz wurde der Tarif ganz wesentlich ermäßigt und — als volksparteilicher Antrag — festgesetzt, daß für jeden (dreijährigen) Veranlagungszeitraum ein Zuwachs von 100 000 Mark steuerfrei bleibt. Ein weiterer volksparteilicher Antrag, der die Zahlung der Steuer durch zum Nennwert berechnete Kriegausleihe möglich machen sollte, wurde leider abgelehnt.

Das Gesetz über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit hat wesentliche Veränderungen, abgesehen von der Frage der Bewertung der Grundstücke und der Möglichkeit der Stundung der Abgabe im Falle der Gefährdung des Betriebes, nicht erfahren.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Körperschaftsteuergesetzes hat eine Abschwächung insbesondere bezüglich der Steuerhöhen erlitten. Im übrigen ist bemerkenswert die eingefügte unterschiedliche Behandlung des ausgeschütteten und des nicht ausgeschütteten Gewinns (§ 11) und die neue Bestimmung, daß zwar Gemeinden, nicht aber unbedingt die von ihnen betriebenen Bank-Anstalten von der Steuer befreit sind (Zusatz zu § 2 Abs. 1). (Schluß folgt!)

## Schwarze und Weiße am Rhein.

An der Spitze des Dezemberheftes der „Foreign Affairs“, des Organs des Verbandes für internationale Verständigung unter Leitung des bekannten Weltfriedensfreundes E. D. Morel, findet sich ein Aufsatz des englischen Parlamentsmitgliedes Ben C. Snow, dessen Beobachtungen und Mahnungen hauptsächlich in London, Rom und Washington, wenn auch zunächst noch nicht in Paris, gebührende Achtung finden werden.

Die Alliierten gewannen den Krieg und distanzieren sich. Ueber ihr Verhalten als Sieger wird die Geschichte urteilen. Denn schließlich sind die Taten lebendiger als Meinungen, besonders wenn diese Meinungen durch Vorurteile gefärbt sind oder durch Furcht beeinflusst werden.

Sowen habe ich das besetzte Gebiet am Rhein besucht und war erschüttert, als ich die Verben gewisser Teile der dortigen Bevölkerung beobachtete. Der Krieg ist vorüber, und wir leben im Frieden. Aber unser französischer Bundesgenosse denkt anders, und es geschieht dort Dinge, die eine Schande für Frankreich sind, aber auch für alle Länder, die solche Dinge überleben.

Die Einquartierung der französischen schwarzen Kolonialtruppen am Rhein ist eine Tat rücksichtsloser Verdröhnis, die von allen Seiten der zivilisierten Welt ernste Proteste hervorruft. Was dort geschieht, ist mehr als eine Demütigung, ist ein Trauerspiel. Ein solches Verhalten ist grausam gegenüber einem besiegten Volk, grausam auch gegenüber unseren farbigen Kameraden, die als Werkzeuge des französischen Hofes gebraucht werden. Ich traf in Deutschland nicht einen Engländer, der nicht die Torheit solchen Verhaltens mit scharfen Worten verdammt hätte.

Andeiner ist die Zahl der Opfer dieses Systems im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht groß. Statistiken darüber sind nicht zu erlangen, denn von den französischen Behör-

# Beginn der Verhandlungen in Cannes.

Am Freitag sollen die Verhandlungen des Obersten Rates in Cannes ihren Anfang nehmen, die in gewisser Beziehung eine Fortsetzung der Londoner Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George darstellen. Die Verhandlungen in Cannes bedeuten zweifellos für Deutschland abermals einen bedeutenden Schritt auf seinem Schicksalswege. Zwar hat man sich für Cannes ein außerordentlich umfangreiches Programm zur Erledigung vorgelegt, wie bei früheren gleichartigen Konferenzen wird man sich aber in der Hauptsache mit den Fragen beschäftigen, die sich auf Deutschland beziehen. Im Vordergrund stehen die Reparationszahlungen und das Erlösen Deutschlands auf Zahlungsaufschub. Der letztere Punkt war bekanntlich Hauptberatungsgegenstand zwischen Briand und Lloyd George in Paris, führte aber zwischen den beiden Staatsmännern zu keiner Erledigung. Briand vertrat in London den französischen Standpunkt, wie er in diesen Tagen als französisches Leitmotiv für Cannes erneut aufgeführt wurde: Frankreich muß voll befriedigt werden, Frankreich verlangt Sicherheiten!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in Cannes zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden Mächtegruppen Frankreich-England und England-Italien kommen wird. Frankreich wird wie in Washington mit der bedrohten Sicherheit Frankreichs, mit dem schlechten Willen Deutschlands operieren und sich der englischen Auffassung nur dann in gewissem Maße anschließen, wenn ihm dafür bestimmte Garantien gegeben werden. Diese Garantien beziehen sich auf das Rheinland, auf das Ruhrgebiet und, wenn die jüngst eingetroffenen Nachrichten aus Oberschlesien zutreffend sind, auf das Ruhrgebiet des ober-schlesischen Abtommungsgebietes und auf das Memelland.

In der französischen Presse ist in den jüngsten Tagen die Forderung auf eine Ausdehnung der Besatzungszone am Rhein wiederholt unverblümt zum Ausdruck gekommen. Es ist auch zu erwarten, daß sich Briand für „ein neutralisiertes Rheinland“ einsetzt, das nicht etwa von einem unparteiischen Völkerbund, sondern ähnlich wie im Saargebiet von einer Völkerbundscommission kontrolliert und letzten Endes wie dort verwaltet würde, so daß Frankreich genau wie im Saargebiet seine Ziele nur noch wirkungsvoller erreichen könnte.

Bevor die Entente die Londoner Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland, die Wirtschafts- und die militärischen „Sanktionen“ trotz des in Wegfall gekommenen Grundes noch nicht aufgehoben hat, droht bereits nach französischer Ansicht ein neues Verhängnis für Deutschland. Es muß daran erinnert werden, daß die damaligen Londoner Beschlüsse vor den in Frage kommenden Ententemächten einstimmig gefaßt wurden. England hatte allerdings andere Wirkungen dieser „Sanktionen“ erwartet, jedenfalls nicht die, die sich gegen seine eigenen Wirtschaftsinteressen richteten. Deshalb ist es nachträglich zweifellos entschuldener für die Aufhebung dieser „Sanktionen“ eingetreten, hat aber den Widerstand Frankreichs nicht brechen können, das in diesen Gewaltmaßnahmen eine günstige Mithilfe zur Erreichung seiner politischen Ziele im Rheinland erkannt hat. Deshalb ist heute in Frankreich keine Rede mehr davon, das völlig rechtswändig besetzte Gebiet von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort freizugeben. Frankreich betrachtet dieses Gebiet noch immer als Einfallstor für die Ruhrbesetzung, die heute in den Plänen bestimmter französischer Politiker noch nicht gestrichen wurde. Und schon drohen neue Gefahren in Oberschlesien und im Memelgebiet.

Es ist nicht zu verkennen, daß auch in Frankreich sich vernünftige Stimmen erhoben haben, die in der bisher von Frankreich verfolgten Politik kommenden Unheil für Frankreich erblicken. Diese Stimmen aber werden überhört von dem Geschrei, das von der Mehrheit der französischen Politiker, wie sie sich um den sogenannten nationalen Blod gruppierten, erhoben wird, und das die Welt davon überzeugen möchte, daß Deutschland noch heute „eine furchtbare Gefahr für Frankreich“ bedeute, und daß Deutschland nur auf den geeigneten Augenblick warte, um mit seinem „heimlichen Heer“ über das alleinlebende Frankreich herzufallen.

Wohl in allen Ländern mit Ausnahme der ausgesprochen deutschfeindlichen glaubt man, diesem Geschrei französischer Nationalisten nicht mehr; die wirtschaftlichen und politischen Interessen der einzelnen Länder, besonders in den Ententestaaten, hängen aber so innig miteinander zusammen,

truppen zu verhindern. Außerdem würden nicht selten die beflaggten Opfer selbst aus naheliegenden Gründen ein Verlangen werden der Untat zu verhüten. Die ganze Bevölkerung leidet, da sie befürchtet, unter den Opfern unmittelbar genannt zu werden.

Menschen im besten Alter und in voller Lebenskraft, völlig getrennt von ihrem bisherigen Frauenvertrieb, werden da, wo sie zu befehlen haben, leicht versucht werden, ihr natürliches Begehren bald so, bald so zu befriedigen.

Die schwarzen Truppen stammen zum Teil aus Afrika und werden in ihrem Benehmen gegenüber Frauen durch Bedenken der europäischen Erziehung nicht gebremst, vielmehr durch ihre volkstümliche Ueberlieferung in ihren Leidenschaften angefaßt. Genuß, die farbigen Truppen wollen in intime Beziehungen mit einem Teil der weißen Frauen dieses Landes treten.

Die französischen Militärbehörden berücksichtigen diesen Drang und haben mit brutaler Dreistigkeit dort, wo farbige Truppen stehen, deutsche Familien aus ihren Häusern herausgeworfen und diese Häuser in Vorhalle für die Soldaten umgewandelt. Und so, die physischen und moralischen Wirkungen dieser abgestumpften Politik im einzelnen darzulegen. Für anständige Männer und Frauen ist ein solches Verfahren unbegreiflich.

Eine Folge muß aber unbedingt beachtet werden, denn sie trifft nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern die ganze Welt. Das ist das Aufkommen eines gereizten Geistes, der sicherlich zu einem neuen Krieg führen muß, wenn er sich weiter entfaltet. Anzeichen sind die Franzosen nicht begreifen, welche heiße Leidenschaft sich in dem Herzen eines jeden

der eine nur mit Unterstützung des Anderen seine eigenen Interessen verwirklichen kann. Diese Tatsache wird zweifellos auch wieder in Cannes ausschlaggebend sein und die Beschlüsse der dortigen Verhandlungen beeinflussen. Der Leidtragende wird nach den bisherigen Erfahrungen wieder Deutschland sein.

Sollte nicht dennoch allmählich die Ueberzeugung auf in den Ententestaaten durchdringen, daß die Zukunft Europas abhängt von dem Schicksal und der Zukunft Deutschlands? Ob Cannes die Folgerungen solcher Ueberzeugung aufkommen lassen wird, ist eine Frage, die sich in den nächsten Tagen zeigen wird. Deutschland wird auch weiterhin bis zur Grenze des Möglichen seine Pflichten der Entente gegenüber erfüllen — Ententegehalt könnte von Deutschland keine höheren Leistungen erzwingen, es aber in kurzer Zeit leistungsunfähig machen. Ob das im Interesse der Entente oder Weltwirtschaft liegt?

### Weg der Befragten.

Paris, 5. Januar. England wird vorschlagen, um Deutschlands innere Festigkeit endlich zu hören: Von der für 1922 vorgekehrten baren Zahlungen von 2 Milliarden Goldmark (laut dem Londoner Ultimatum) nur einen Betrag von 500 Millionen Goldmark (in 2 Raten) im Januar und Februar einzufordern, die restlichen 1½ Milliarden Goldmark aber vorläufig zu stunden. Das wäre natürlich nur eine kurzfristige Erleichterung des deutschen Jahresbudgets für 1922. Die Schwierigkeit der Einigung wird sich aus der Durchführungsart dieses Vorschlages ergeben. Die finanziellen Garantien, die für dieses Rotatorium gefordert werden sollen, stehen schon ziemlich fest und sind schon ausführlich erörtert: Vertragsänderung der Reichsbank, deutsche Finanzreform und deutsche Budgetreinigung, erhöhte Kontrollrechte der Reparationskommission usw. Aber damit ist noch nichts geschehen. Da Frankreich und Belgien fordern, daß ihre Anteile an der Reparation für 1922 ungekürzt bleiben, wird England auf seinen Teil verzichten müssen, und da dies noch nicht genügt, werden Ersahleistungen in Sachwerten gefunden und die Schulden dieser Länder an England und Amerika gleichfalls gestundet werden müssen. Ferner muß aber auch zum mindesten festgelegt werden, aus welcher neuen Einnahmequelle Deutschland die gestundeten Zahlungen später nachholen soll. Nach dem englischen Programm soll dies der gemeinsame russische Wiederaufbau sein. Deutschlands Proportionalanteil aus diesem (noch zweifelhaften) „Geschäft“ soll zur Hälfte oder ganz auf das Reparationskonto zugeschrieben werden. Hier wird die Verwirrung der Verhandlungen in Cannes, die ansfangs scheinbar sehr zielbewußt einsetzen dürften, beginnen.

### Ein Memorandum der britischen Arbeiter.

London, 5. Januar. Lloyd George wurde, wie berichtet, während der letzten Konferenz mit Briand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, in welchem eine radikale Abänderung der Reparationspolitik, die völlige Anerkennung Sowjetrußlands, die Zurückziehung der Truppen vom Rhein und eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau und die Gewährung von Anleihen und Krediten gefordert werden.

### Unangebrachter Optimismus.

Berlin, 5. Januar. Wie wir hören, ist die deutsche Regierung entschlossen, 500 Millionen Goldmark im Laufe der ersten vier Monate zu zahlen und zu diesem Zweck auch den Gedanken einer Verwendung eines Teiles unseres Goldbestandes in Erwägung zu ziehen. In Berliner politischen Kreisen scheint man im übrigen trotz überlieferten Erfahrungen bei früheren Gelegenheiten besonders vertrauensvoll über die feste Haltung Lloyd Georges in Cannes zu sein, so daß wohl gesagt werden kann, die Taktik der deutschen Regierung hat sich in diesem Punkte bereits gänzlich festgelegt.

Dieser bedenklliche Optimismus baut sich in erster Linie auf die angebliche Tatsache auf, daß Briands Instruktionen in der U-Bootfrage ein Nachgeben Frankreichs ausgeschlossen erscheinen lassen und daß dementsprechend Lloyd George keine wirtschaftlichen Forderungen mit ebenso großer Rücksichtslosigkeit vertreten wird.

Vaters und Gatten reist und wie die Kinder in dem Glauben erzogen werden, daß die Rache eine religiöse Pflicht ist. Wänsch Frankreich einen neuen Krieg? Könnte die weltliche Zivilisation noch einen überleben?

Wichtiger ist die Frage nach der Wirkung auf die farbigen Truppen selbst und auf die Länder, aus welchen sie kommen. Oft kann man von „der steigenden Flut der Farbe“ hören, und viele befürchten ein Ringen zwischen den weißen und farbigen Völkern um die Oberherrlichkeit in der Welt. Eines ist gewis, das Rassenbewußtsein steigert sich rask in Afrika und der Druck einer hochorganisierten Zivilisation befördert unvermeidlich diese Entwicklung. Ein Streit mit der Farbe kann nur auf einem Wege vermieden werden. Es müssen die weißen Rassen ihre Beziehungen mit denjenigen einstellen, der Verfall vom Barbarismus beschleunigt wird, sodas Achtung und nicht Mißachtung heranwächst. Legt man halbwilligen Völkern Verpflichtungen auf, die über ihre Fähigkeiten hinausgehen, ist schädlich man ihr Gedeihen. Von diesem Standpunkt aus ist die Benutzung farbiger Truppen, wie sie jetzt verwendet werden, eine verbrecherische Ungerechtigkeit. Das Volk oder die Völker, die dafür verantwortlich sind, werden sicherlich büßen müssen.

## Zur Finanzlage der Eisenbahn.

In der Vorlage über die Erhöhung der Güter- und Tiertarife der Eisenbahnen, die den Eisenbahnbedienten von der Verkehrsverwaltung zugegangen sind, finden sich ausführliche

Angaben über den Sanierung neuen Fort in diesen Jahren haben folgende

Die le Güterverkehr im Personen

falls 30 v. im Güterverkehr worden; für

1922 beab gleichwohl in Ausicht

sonentartife vertehr soll

30 v. S. weist die B halt der E von im gar

August v. kühlo urprü Ausgaben m

von 5,6 M Steigerung gaben, mußt

erhöht werde Tarifierhöhung wozu noch

der Einnahm hienach für nahmen 53,8

betrag 12,2 Personen- un betrag von 1

Gütertarife e Es würde al 12,2 Milliar

die aus die noch dem H der Fehlbeta

Markt vermin Die Beg wette Hinwe

Entwicklung u terfuchung d schaft der Eij

des Verkehrs lichten Ursad

leistungen sin liarden, 1920

Milliarden. E noch um 21

parat ist abe eingerichtel E

stärkerem Maß ist in erster R

beträge. Troß Betriebsleistun

schlechtesten G sind. Daß be

ungünstig ent dem Güterver

dis auf 2097

Obwohl die Einnahm

bei der Entw die Gesamtein

ursprünglichen Günstiger hab

tehr entwickl

gebnis des S

September um

Das Ge

7. Rim

„Ach, tun

abermals nich

reitender, unib

nun plötzlich de

schon damals

nich steht. Sel

ja doch kein U

nun ganz demü

tel Sie ja nod

Er hatte l

eine still Seite

rot und bläde

in ihr walle w

hr, als brüde

zwammen, daß

„Wann wa

kommen.

„Bald. W

ke ist noch die

einen Stein im

gerade bei ihr

Verlebr viel lei

deren Gelamit

„Die Gräfl

„Oh, — w

wie sie mich imm

Uebriens, wien

heute veruchen

nich bei der G

vielleicht einen r

ungünstig vorüb

Sie gingen

Der Waler jeig

war, steunde

leinen Arbeiten

Er war ein

ber „Hoben Wa

hätte färlch für

ersten Preis für

Selene entn

seiner Kunst lehr